



dbb
beamtenbund
und tarifunion

Nr. 25

5. Juli 2024

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

dbb frauen

[Homeoffice: Fachkräfte und Gleichstellung sichern](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

VRFF Die Mediengewerkschaft

[ARD-Tarifverhandlungen: Bundesweit Streikaktionen](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Erscheint wöchentlich
Nachdruck honorarfrei
Quellenangaben erbeten

dbb frauen

Homeoffice: Fachkräfte und Gleichstellung sichern**Mobiles Arbeiten war 2023 ähnlich beliebt wie im Jahr davor. Das zeigen die Zahlen des Statistischen Bundesamtes. Die vielen Vorteile des Homeoffice müssen erhalten bleiben.**

„Als öffentlicher Dienst müssen wir Arbeitsplätze nicht nur finanziell wertschätzend, sondern auch flexibel und familienfreundlich gestalten“, machte Milanie Kreutz, stellv. dbb Bundesvorsitzende und Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, am 1. Juli 2024 deutlich. „Wir müssen mobile Arbeit und flexible Arbeitszeitmodelle langfristig in unsere Personalgewinnungsstrategien integrieren. Nur so können wir dem Fachkräftemangel effektiv etwas entgegensetzen und ein attraktiver Arbeitgeber bleiben.“ Für viele Bewerberinnen und Bewerber sei Homeoffice ein entscheidendes Kriterium bei der Jobwahl. In Zeiten des Fachkräftemangels dürfen Arbeitgebende diesen Faktor nicht ausblenden. „Daher ist es bedenklich, dass einige Unternehmen und Dienststellen wieder vermehrt Präsenzzeiten fordern. Hier ist Vorsicht geboten, denn die Flexibilität, die das Homeoffice bietet, sollte nicht leichtfertig aufgegeben werden.“

Die Forderungen nach mehr Präsenzpflicht seien auch hinderlich für die Gleichstellung, erklärte Kreutz: „Homeoffice ist ein effektives Mittel, um die Gleichstellung von Frauen und Männern im Beruf zu fördern. Denn es ermöglicht ihnen, Berufs- und Familienleben besser zu koordinieren. Mit einem Anteil von 26,4 Prozent sind die 25- bis 34-Jährigen am häufigsten im Homeoffice tätig. Diese Altersgruppe, die sich sinnbildlich in der ‚Rush Hour‘ ihres Lebens befindet und oft vor der Herausforderung der Kinderbetreuung steht, profitiert deutlich von der Möglichkeit, von zu Hause aus arbeiten zu können.“ Allerdings dürfe Homeoffice nicht dazu führen, dass sich die Ungleichheit in der Verteilung der Care-Arbeit weiter verstärkt.

„Homeoffice, hybrides Arbeiten und andere Formen des New Work geben uns neue Chancen, die Gleichstellung zu Hause und am Arbeitsplatz voranzubringen. Diese Chancen sollten wir nicht verspielen.“

Auch Arbeitgebende profitieren von mobiler Arbeit, betonte die dbb frauen Chefin: „Homeoffice sorgt bei vielen Mitarbeitenden für eine höhere Motivation, verhindert Arbeitsausfälle und steigert somit Leistung und Produktivität. Studien belegen, dass die Produktivität der Mitarbeitenden im Homeoffice mindestens genauso hoch oder sogar höher ist. Viele Mitarbeitende berichten von einer besseren Work-Life-Balance. Eine Reduktion der Büroflächen kann außerdem signifikante Kosteneinsparungen bringen.“ Für Arbeitgebende und Arbeitnehmende sei Homeoffice daher eine Win-Win-Situation. Kreutz wies darauf hin, dass Homeoffice jedoch nicht für alle Berufsgruppen möglich sei: „Wir müssen daher auch an die Menschen denken, die nicht im Homeoffice arbeiten können. Für diese Berufsgruppen muss es entsprechende Kompensationen geben.“

Hintergrund:

Die neuesten Zahlen des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass Homeoffice auch nach der Covid-19-Pandemie weiterhin eine wichtige Rolle im Arbeitsalltag vieler Beschäftigter spielt. Der Anteil der Erwerbstätigen, die mindestens gelegentlich von zu Hause aus arbeiten, lag im Jahr 2023 bei 23,5 % und damit nur geringfügig niedriger als in den Jahren zuvor. Dies verdeutlicht, dass flexible Arbeitsmodelle nachhaltig in der Arbeitswelt verankert sind.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

VRFF Die Mediengewerkschaft ARD-Tarifverhandlungen: Bundesweit Streikaktionen

Die VRFF hat aufgrund der stockenden Tarifverhandlungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk am 3. Juli 2024 ab 19 Uhr in mehreren Rundfunkanstalten bundesweit zu Streiks aufgerufen.

Beim Beitragsservice kam es für 48 Stunden zu erheblichen Ausfällen in der Sachbearbeitung. Beim WDR fiel die „Aktuellen Stunde“ aus, auch in anderen ARD-Anstalten gab es Produktionseinschränkungen.

Die WDR-Verantwortlichen hatten zuvor lediglich eine „völlig unzureichende neue Angebotsvariante vorgelegt“, so der VRFF-Verhandlungsführer im WDR, Matthias Kopatz. Dieses neuerliche „Angebot“ der Arbeitgebendenseite gelte zudem nur, wenn die Gewerkschaften zeitgleich auf diverse Nebenforderungen verzichten. Dem jüngsten WDR-Angebot von 2,25 Prozent mehr im Jahr 2024 und garantieren nur 1,23 Prozent jährlicher Steigerung ab 2025 steht die Forderung der VRFF entgegen, mindestens so hoch abzuschließen wie vergangenes Jahr im öffentlichen Dienst. „Die Gehaltsforderung der VRFF von über 10 Prozent schaffen überhaupt erst die Voraussetzungen,

für die von der Politik verlangten Reformen im Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk – die die Beschäftigten auch wollen – auch das erforderliche qualifizierte Personal halten beziehungsweise bekommen zu können“, so Christian Gesch, Vorsitzender der Bundestarifkommission der VRFF.

„Die Beschäftigten bei ARD und ZDF haben schon in den vergangenen Jahren mehrfach Reallohnverluste hinnehmen müssen, weil die tariflichen Steigerungen weit unter der Inflationsrate geblieben sind“, so Gesch weiter. „Wir sind nicht bereit weitere Reallohnverluste hinzunehmen und werden daher immer wieder vereinzelte und gezielte Streikmaßnahmen durchführen.“ Die Tarifverhandlungen stünden an einem kritischen Punkt. Sollte keine Einigung erzielt werden, seien umfangreichere Streikmaßnahmen und massive Ausfälle im Programm zu erwarten.

Namen und Nachrichten

Am 3. Juli 2024 hat die **dbb** Verhandlungskommissionen erfolgreich mit Vertretern des Bundesinnenministeriums sowie des Bundesfinanzministeriums über eine Verlängerung des Tarifvertrages über sozialverträgliche Begleitmaßnahmen im Zusammenhang mit der Umgestaltung der Bundeswehr (TV UmBw) verhandelt. Dieser lief eigentlich zum 31. Dezember 2023 aus, wurde aber nun bis zum 31. Dezember 2027 verlängert. Die Beschäftigten in der Bundeswehr haben somit in Zeiten des Personalumbaus vier Jahre Sicherheit und Schutz in Form von einer umfangreichen Entgeltsicherung, einem besonderen Kündigungsschutz und einer modifizierten Härtefallregelung bis zur Entgeltgruppe 10. Die Änderungen sollen rückwirkend zum 1. Januar 2024 in Kraft treten. Es wurde eine Erklärungsfrist bis 15.

August 2024 vereinbart. Bis dahin steht das Ergebnis unter Gremienvorbehalt. Der dbb Verhandlungsführer Thomas Zeth sagte: „Durch die Verlängerung des TV UmBw haben unsere Mitglieder bei der Bundeswehr endlich wieder Rechtssicherheit in Zeiten von Personalumbau- und Umstrukturierungsprozessen. Die Arbeitsplatz- und die Entgeltsicherung stehen neben der Härtefallregelung im Fokus des Tarifvertrages. Dass die Regelungen zur Abgeltung und Abfindung nicht neu vereinbart werden konnten, ist dem Fachkräftemangel zuzuschreiben, der die Bundeswehr massiv trifft. Insgesamt muss man die Verlängerung bis Ende 2027 als großen Erfolg für die Gewerkschaften sehen, zumal der Bund sich mit Händen und Füßen zunächst gewehrt hat, über eine Verlängerung mit uns zu reden.“

Die nächste Ausgabe des dbb aktuell erscheint im August 2023.
